

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/65

Bonn, den 8. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>S O L I D A R I T Ä T</u>	43

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB,
Bundesgeschäftsführer der SPD

2 - 2a	<u>Dr. Bruno Heck und die Bildungspolitik</u>	83
--------	---	----

Versäumnisse der CDU sollen durch Lamentieren verdeckt werden.

Von Johannes Rau, MdL,
Vors. des Bildungspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD

3 - 5	<u>Nordrhein-Westfalen - Ein Land mit Zukunft</u>	143
-------	---	-----

"NRW-Programm 1975" - eine historische Wegmarke

A N H A N G

1 - 2	<u>"Israel und die Deutschen"</u>	82
-------	-----------------------------------	----

Zu einem Buch von Inge Deutschkron
Dr. Susanne Miller

S O L I D A R I T Ä T

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB,

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Athener Diktatoren verhaften und verurteilen griechische Demokraten, die darum bemüht sind, ihrem Volk erneut die Freiheit zu sichern. Die Staaten des demokratischen Europa haben diese Taten des Athener Regimes auf das schärfste verurteilt. Dem griechischen Volk politisch wirksam zu helfen, ist ihnen verwehrt. Darüber hinaus bleibt ihnen nur, die unzähligen Familien zu unterstützen, denen die Gewalt den Ernährer geraubt hat. Das ist sehr wenig.

Aber dem Athener Regime scheint auch diese humanitäre Unterstützung zu viel zu sein. So greift der Kronanwalt auf dem jetzt in Athen stattfindenden Schauprozeß gegen Gegner des Regimes die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an, weil sie die Familien politischer Häftlinge finanziell unterstützt habe. Das Beweismaterial - der Brief eines griechischen Sozialdemokraten an mich - ist keineswegs stichhaltig. Es scheint, wie in Prozessen solcher Art üblich, manipuliert zu sein; wir sind sehr genau unterrichtet. Den Vorwurf der Junta aber nimmt die Sozialdemokratische Partei mit Stolz auf. Sie hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie solidarische Hilfe für die Familien der Demokraten für ihre Pflicht hält.

So erklärte der Schatzmeister der SPD, Alfred N a u, auf dem Godesberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei 1969:

- * "Die Vergewaltigung der Freiheit in Griechenland hat in der Sozialdemokratischen Partei eine umfassende Sympathiebewegung für die verfolgten und eingekerkerten Demokraten ausgelöst...
- * im Bereich der mitmenschlichen solidarischen Beziehungen und Hilfe haben wir den Opfern der Diktatur in Griechenland und ihren Angehörigen geholfen. Wir waren und sind in der Lage, den notleidenden Menschen in Griechenland direkte Hilfe zukommen zu lassen... Wir werden unbeirrt im Zusammenwirken mit anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa auch in Zukunft unseren Beitrag leisten, Menschen zu helfen und alle politischen Maßnahmen fördern, die geeignet sind, die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Griechenland sicherzustellen".

Am 10. Mai 1969 habe ich öffentlich bestätigt, daß die SPD eine sehr große Summe für die Unterstützung der Familien demokratischer griechischer Demokraten zur Verfügung gestellt hat. Ich habe damals ebenfalls erklärt:

- * "Vereint müssen und können wir erreichen, daß die Offiziere der Junta erkennen: In unserem Europa gibt es keinen Platz für Diktaturen".

Der Athener Schauprozeß kann diese Aussage nur bestätigen. Wer die solidarische Hilfe für schuldlos in Not geratene Familien, für Kinder und Frauen als Einmischung in die Justiz bezeichnet und den Angeklagten zum Vorwurf macht, disqualifiziert sich selbst.

+ + +

Dr. Bruno Heck und die Bildungspolitik

Versäumnisse der CDU sollen durch Lamentieren verdeckt werden

Von Johannes Rau, MdL,

Vors. des Bildungspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD

CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck hat in einem Beitrag für den Südwestfunk festgestellt, wir seien ein Volk, das von der Industrie lebt und darauf angewiesen ist, daß Bildung und Wissen, Forschung und Technik ständig zunehmen. Es sei notwendig, daß wir heute unser Bildungs- und Ausbildungswesen richtig ordnen. Mit dieser Binsenweisheit versucht Herr Heck, den Sozialdemokraten den "Schwarzen Peter" bildungspolitischer Versäumnisse zuzuspielen. Niemand bestreitet, daß das Bildungswesen in der Bundesrepublik in einem unzureichenden Zustand ist. Das ist es aber nicht erst, seit die Sozialdemokraten die Verantwortung im Staat übernommen haben. Bruno Heck übersieht völlig, daß die Bildungskatastrophe nicht über Nacht hereingebrochen ist, sondern daß die Ursachen schon lange erkannt waren, daß jedoch die CDU mit der Forderung nach Maßnahmen gewartet hat, bis sie in der Opposition war.

- * Vor fünf Jahren wies der Verband Deutscher Studentenschaften
- * auf den Bildungsnotstand hin. Der damalige Bundeskanzler und
- * CDU-Vorsitzende Ludwig Erhard tat die Warnungen als "dummes
- * Gerede" ab.
- * Als Sozialdemokraten 1964 ein bildungspolitisches Sofortpro-
- * gramm veröffentlichten und die anderen im Bundestag vertretenen
- * Parteien aufforderten, sich gemeinsam über bildungspolitische
- * Sofortmaßnahmen zu verständigen, war die CDU aus wahlkampf-
- * taktischen Gründen nicht dazu bereit.
- * Als sozialdemokratische Kultusminister im selben Jahr auf der
- * Kultusministerkonferenz einen Aktions- und Zeitplan für Sofort-
- * maßnahmen vorlegten, waren es CDU/CSU-Kultusminister, die sich
- * nicht festlegen wollten.
- * Als sozialdemokratische Landesregierungen die Schulreform über
- * Mittelpunktschulen durchsetzten, sprachen CSU-Abgeordnete von
- * einer sittlichen Gefährdung (!) der Schüler, wenn sie in
- * Schulbussen transportiert werden müßten.
- * So konnte in Nordrhein-Westfalen Prof. Paul Mikat die Land-
- * schulreform nicht voranbringen, weil seine eigenen Partei-
- * freunde seine Reformabsichten aus konfessions- und standespoli-
- * tischen Interessen durchkreuzten.
- * Erst Kultusminister Fritz Holthoff hat die Zwergschulen abge-
- * schafft.
- * Das obligatorische neunte Schuljahr ist im CSU-regierten
- * Bayern erst jetzt eingeführt worden.

Bruno Heck konzentriert sich in seinem Angriff auf die Hochschulpolitik und begründet die CDU-Verdienste mit dem Hinweis auf

Universitäts-Neugründungen. Es ist richtig, daß die Universitäten Bochum, Dortmund, Bielefeld und Düsseldorf von der Regierung Meyers gegründet wurden. Heck übersieht aber, daß diese neuen Universitäten praktisch nur auf dem Papier existierten, als Heinz Kühn im Dezember 1966 die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen übernahm. Die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für den Gesamthochschulbereich sind von 1966 bis 1970 von 985 Millionen auf 1,4 Milliarden Mark angestiegen. Allein die Ausgaben für die pädagogischen Hochschulen stiegen in dieser Zeit um 62 Prozent von 55 auf 92 Millionen. Für das Schulbauprogramm stellte die Regierung Meyers 1966 ganze 286 Millionen zur Verfügung, 1970 sind es 459 Millionen Mark. Die Ausgaben für das gesamte Bildungswesen stiegen um 46,2 Prozent von 3,4 auf 5 Milliarden.

Heck macht es sich auch zu einfach, wenn er die Verantwortung für den Numerus clausus den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben will. Der Numerus clausus besteht an den Hochschulen in CDU/CSU-regierten Ländern ebenso wie dort, wo Sozialdemokraten die Verantwortung tragen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Heinz Kühn hat sich aber nicht damit begnügt, darüber zu klagen, sondern er hat in einem Sofortprogramm für Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, daß noch in diesem Jahr rund 5.000 neue Studienplätze geschaffen werden. Über die vorgesehenen Haushaltsmittel hinaus wurden den wissenschaftlichen und pädagogischen Hochschulen 108 Lehrstühle und 288 Stellen im akademischen Mittelbau zusätzlich zugewiesen.

All das hätten auch vorher schon die verantwortlichen CDU-Politiker tun können, denn das künftige Anwachsen der Studentenzahlen war schon lange vorher durch steigende Sextanerzahlen an den Gymnasien vorauszusehen.

Die von SPD und FDP getragene Bundesregierung hat erste Schritte eingeleitet, die, aufgrund der vom V. Deutschen Bundestag beschlossenen Verfassungsänderungen, dem Bund ein stärkeres Engagement in der Bildungspolitik ermöglichen.

Sowohl der Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz als auch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung haben ihre Arbeit aufgenommen. Bruno Heck hat doch wohl nicht übersehen, daß in beiden Ausschüssen auch CDU-Länder beteiligt sind? Heck streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen, wenn er die verfassungsrechtliche Lage (Kulturhoheit der Länder) unberücksichtigt läßt. Die neue Bundesregierung hat in den ersten vier Monaten ihren Tätigkeit auf bildungspolitischem Gebiet mehr in Bewegung gesetzt als alle CDU-Regierungen seit bestehen der Bundesrepublik. Es ist reiner Zynismus, wenn Herr Heck ihr nun zum Vorwurf macht, sie habe es nicht geschafft, in dieser kurzen Zeit die Versäumnisse einer zwanzigjährigen restaurativen CDU-Politik aufzuholen.

+ + +

Nordrhein-Westfalen - Ein Land mit Zukunft

"NRW-Programm 1975" - eine historische Wegmarke

- * Seit Dezember 1966 regiert in Nordrhein-Westfalen, mit über
- * 17 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Bundesland,
- * eine SPD/FDP-Koalition. Unter Führung des sozialdemokrati-
- * schen Ministerpräsidenten Heinz Kühn übernahm die Landes-
- * regierung in einer Zeit die Verantwortung, als die Kohlen-
- * krise an der Ruhr ihren Höhepunkt erreichte und bei Kohle
- * und Stahl die Arbeitsplätze Hunderttausender von Arbeitern
- * und Angestellten bedroht waren. Am 14. Juni 1970 wird in
- * NRW ein neuer Landtag gewählt. Im Hinblick darauf sieht
- * der SPD-Pressedienst einen begründeten Anlaß, in einer
- * Reihe von Berichten alle wichtiger Bereiche der Landes-
- * politik kritisch zu analysieren und davon ableitend den
- * Beweis zu erbringen, daß aus dem 1966 vom Konjunkturver-
- * fall und großer wirtschaftlicher sowie sozialer Bedrängnis
- * erfüllten Nordrhein-Westfalen dank vorausschauender
- * Regierungspolitik wieder ein Land mit Zukunft geworden
- * ist. Die Redaktion.

* * * * *

sp - Das am 7. April 1970 nach intensiver Vorbereitungszeit veröffentlichte "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" ist der zweite mittelfristige Aktionsplan der Landesregierung in Düsseldorf, das - nach den Worten von Ministerpräsident Heinz Kühn - "die Entwicklungsperspektiven des ganzen Landes bis zur Mitte der siebziger Jahre darstellen und die voraussehbaren Entwicklungstendenzen der weiteren Zukunft aufzeigen soll".

Das Programm respektiert mit seinem finanziellen Gesamtumfang die Leistungsfähigkeit des Landes und umfaßt die wichtigsten Bereiche von großer struktur- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Es folgt dem im März 1968 verkündeten "Entwicklungsprogramm Ruhr", dem ersten mittelfristigen Handlungsplan der Regierung Kühn/Weyer, der die wirtschaftliche Krisensituation an der Ruhr meistern half. Der sichtbarste Beweis der konsequent gezielten Förderungspolitik der NRW-Regierung in den letzten drei Jahren kann nicht besser als durch die Tatsache erbracht werden, daß Kühn und seine Regierungsmannschaft zusammen mit den Koalitionsfraktionen in Düsseldorf und ihren Freunden in der Bundesregierung 400.000 Arbeitsplätze durch ihre Förderungsmittel neu geschaffen oder gefestigt haben.

Der sachliche Inhalt des neuen Programms

"Die Verantwortung einer Regierung erlaubt ihr nicht, in ihren Programmen eine utopische Fata Morgana der Wünsche an den Horizont der Entwicklung zu malen. Sie muß eine realistische Planung des Notwendigen und Möglichen zur Grundlage ihres Handelns machen", so charakterisiert Ministerpräsident Kühn sachlich das

"NRW-Programm", das - im Gegensatz zur Politik der CDU-Opposition - der Entwicklung des ganzen Landes zwischen Rhein und Weser gerecht wird. Die NRW-Regierung macht "eine realistische Planung des Notwendigen und Möglichen zur Grundlage ihres weiteren Handelns", die CDU indes hebt ein Regionalprogramm nach dem anderen aus der Taufe, ohne von vornherein die erforderliche Koordinierung solcher Detailpläne zu konzipieren. Sie redet den Menschen in bestimmten Gebieten nach dem Munde und geht - anders vermag man es nicht zu beurteilen - auf Stimmenfang.

"Wir werden in den siebziger Jahren kein Utopia verwirklichen, aber wir werden die Fundamente zu legen haben, von denen die neuen Dimensionen der Gesellschaft im Jahre 2000 gewöhnen werden können, eine geschichtliche Wegmarke, die nicht mehr so fern ist: Unsere Söhne und Töchter werden sich an ihr zu bewähren haben", umreißt Heinz Kühn treffend die gesellschaftspolitische Bedeutung des neuen Programms. "Sie sollen dann nicht sagen müssen, daß ihre Väter versäumt hätten, ihnen die Voraussetzungen zur Bewältigung ihrer Zukunft zu schaffen".

Die Präferenz der künftigen Landespolitik liegt eindeutig im Bereich von Bildung und Forschung. Der zweite Schwerpunkt ist die Infrastrukturpolitik. Durch gezielte Wirtschaftsförderung im ganzen Land soll die Vollbeschäftigung gesichert und eine langfristige und nachhaltige Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens in allen Wirtschaftsräumen ermöglicht werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Regierungspolitik ist die Verwaltungsreform.

Beispiel des planvollen Wandels

"Nordrhein-Westfalen steht in einem Wandlungsprozeß besonders großen Ausmaßes. Das Nordrhein-Westfalen-Programm soll zum richtunggebenden Beispiel eines planvollen Wandels werden", heißt es einleitend zu den hervorstechendsten Programmpunkten. Der Weg vom "Entwicklungsprogramm Ruhr zum NRW-Programm" bedeutet nichts anderes, als eine räumlich, zeitlich und finanziell abgestimmte Konzeption des Regierungshandelns für das ganze Land zu realisieren. Das Programm fördert den weiteren Weg "von der Kohle zur Atomenergie", "vom Bildungsnotstand zum Bildungsvorrang", "von der Gebietsförderung zur Standortförderung", "von der Straße zum Verkehrssystem" oder (um eine weitere Zielvorstellung festzuhalten) "von der Schreibmaschine zum Computer".

Analog hierzu sollen nur einige Ziele und Maßnahmen aus der Fülle der in dem Programm vorgezeichneten Leistungen des Landes festgehalten werden:

- * Langfristige Ziele auf dem Gebiet der Kernenergie sind die Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren mit unmittelbar angeschlossener Heliumgasturbine, ferner ein größerer Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung sowie die Anwendung von Prozeßwärme insbesondere zur Kohlevergasung, Erzverhüttung und Herstellung chemischer Rohstoffe. Bis 1975 ist der Bau eines 300-MWe-Hochtemperaturreaktors als Prototyp und Projektierung eines Leistungsreaktors mit Heliumgasturbine geplant. Außerdem soll an der Kernforschungsanlage Jülich ein Sonderforschungsbereich "Prozeßwärme" eingerichtet werden. Landesausgaben hierfür bis 1975: 134 Millionen DM.

- * Zur Steigerung der Leistung und Wettbewerbsfähigkeit des Steinkohlebergbaus sollen die beschlossenen Maßnahmen zur Absatzsicherung und zur Entlastung des Bergbaus von Kosten der Unternehmer und Betriebskonzentration fortgeführt werden. Landesausgaben hierfür bis 1975: 880 Millionen DM.
- * Für die Steigerung des Wirtschaftswachstums durch Auflockerung einseitiger Wirtschaftsstrukturen und wirtschaftliche Stärkung von Problemgebieten sind bis 1975 Landesausgaben in Höhe von 730 Millionen DM eingeplant.
- * Der Bereich "Bildung und Forschung" ist so umfassend, daß er einer späteren Einzelbetrachtung vorbehalten bleiben soll. Hier verdienen zunächst der geplante Aufbau von acht neuen Universitäten und die Schaffung von 42.000 neuen Studienplätzen in Verbindung mit ergänzenden Maßnahmen erwähnt zu werden.
- * Bis 1975 Landesausgaben 8.650 Millionen DM.

Die aufzubringenden Landesmittel

Für die geplanten Maßnahmen des Programms müssen reine Landesmittel in Höhe von über 31.000 Millionen DM aufgebracht werden. Das sind rund 30 Prozent der im Programmzeitraum zu erwartenden Landesausgaben. Hierzu eine Übersicht für die wichtigsten Abschnitte:

	Gesamtbedarf an Landesausgaben 1971 bis 1975 in Mio DM	Mehrbedarf gegen- über der bisherige mittelfristigen Planung in Mio DM
Arbeit und Wirtschaft	2.896	649
Bildung und Forschung	9.917	1.745
Planung, Bau und Verkehr	12.862	146
Freizeit und Kultur	1.031	474
Gesundheit und Soziales	2.282	334
Wasser, Abfall, Luft und Lärm	1.168	132
Regierung und Verwaltung	985	272
	-----	-----
	31.141	3.752

Der finanzielle Mehrbedarf soll durch vorsichtig geschätzte Steuermehreinnahmen, zu erwartende Bundesbeteiligungen (2.610 Mio DM), Kreditaufnahmen und kommunale Eigenleistungen (rund 2.500 Mio DM zusätzliche Belastung der Gemeinden) gedeckt werden. Wie die Verwirklichung des Programms auch unter dem Vorbehalt gesamtstaatlicher Konjunktur- und Stabilitätspolitik stehen wird, hat die Landesregierung die gemeindlichen Leistungen in durchaus zumutbare Grenzen gehalten. Durch die Gemeindefinanzreform und Umstellung der Schulfinanzen haben die Kommunen in NRW bis 1975 Einnahmeverbesserung in einer Gesamthöhe von 6.000 Millionen DM zu erwarten.

Das "NRW-Programm 1975" zeichnet keine Fata Morgana an den Himmel, sondern ist finanziell realisierbar. Es räumt den einzelnen Ressorts der Regierung alle initiative Verantwortung und den Gemeinden und Gemeindeverbänden jede Entscheidungsfreiheit ein. Das Programm ist ein Musterbeispiel der Kooperation von Landes- und Bundespolitik auf der einen Seite sowie Landes- und Kommunalpolitik auf der anderen Seite. Es ist, wie Ministerpräsident Kühn formulierte, eine historische Wegmarke für über 17 Millionen Menschen!

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

25

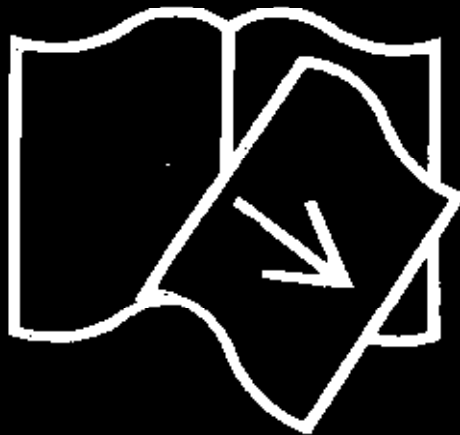
ZEITUNGSNUMMER

65

DATUM

08. 04. 1970

Seite 6 fehlt. ✓



"Israel und die Deutschen"

Zu einem Buch von Inge Deutschkron

Dr. Susanne Miller

Persönliches Schicksal, eigene Erfahrungen und die Fähigkeit, das Wesentliche zu erfassen, haben es Inge Deutschkron, der Verfasserin des Buches "Israel und die Deutschen", ermöglicht, diesen erregenden Bericht zu schreiben. Es erscheint fast als Wunder, daß zwanzig Jahre nach der durch Deutsche vollbrachte Vernichtung des europäischen Judentums ein deutscher Staat mit dem Staat der Juden äußerlich normale Beziehungen aufnehmen konnte. Wie wurde das möglich? Einen Schlüssel dazu liefert im Untertitel des Buches: Ratio - politische Vernunft. Es war die verzweifelte wirtschaftliche Lage Israels, die seine Regierung trotz leidenschaftlicher Widerstände im Lande veranlaßte, im Jahre 1952 durch Mittelsmänner den ersten Vertrag mit der Bundesregierung abzuschließen, der diese zu einer Wiedergutmachungszahlung von 3,4 Milliarden Mark an Israel verpflichtete. Und auf Seiten der Bundesregierung hatte sich die Einsicht durchgesetzt, daß für Israel und für den mit ihm sympathisierenden Teil der Weltöffentlichkeit nur eine Leistung akzeptabel sein konnte, die vom deutschen Volk ein spürbares Opfer als Zeichen seines Wiedergutmachungswillens forderte. So wurde in einer Atmosphäre, die durch äußerste Zurückhaltung auf beiden Seiten gekennzeichnet war, der Vertrag von Luxemburg unterschrieben. Daß zu seinem Zustandekommen auch der moralische Druck der sozialdemokratischen Opposition auf die Bundesregierung beigetragen hatte, gehört zu den hier offengelegten Hintergründen.

Die Entwicklung der nächsten Jahre zeigte, daß dieser Vertrag zwar als ein Sieg der politischen Vernunft, oder, wie viele sowohl in Israel als auch in Deutschland meinten, des Opportunismus, anzusehen war, jedoch nicht als ein wirklicher Gesinnungswandel. Die Verfasserin schildert das Bemühen der Bundesregierung, Israel und den Juden gegenüber einen Kurs zu steuern, der innenpolitisch die sie stützende parteipolitische Konstellation nicht gefährden und außenpolitisch einen Bruch mit der arabischen Welt vermeiden sollte. In dem Zwang zur innenpolitischen Rücksichtnahme befand sich die Regierung in Jerusalem in ähnlicher Lage wie die in Bonn. So ist es zu erklären, daß einige der wichtigsten Abkommen, so die für Israel damals geradezu lebenswichtigen über Anleihen und Waffenlieferungen der Bundesrepublik, geheim getroffen werden mußten.

Es gehört zu den Paradoxien der Geschichte, daß eine Wende im Verhältnis zwischen dem deutschen und dem israelischen Volk

durch ein Ereignis herbeigeführt wurde, das wie kaum ein anderes die von Deutschen an Juden begangene Verbrechen der Weltöffentlichkeit kundtat: den Eichmannprozeß, der 1961 in Jerusalem stattfand. Dieser Prozeß öffnete auf beiden Seiten die Augen für Realitäten: Den Deutschen für die Schuld ihres Volkes, den Israelis für die Haltung der neuen deutschen Generation. Es ist kein Zufall, daß von dieser Zeit an in wachsendem Maße die beiden Völker, insbesondere seine Jugend, einander kennenlernen. Und auch der sehr nuanciert und mit vielen bemerkenswerten Einzelheiten geschilderte Weg zur gegenseitigen Anerkennung, zu der die deutsche Regierung auch durch die öffentliche Meinung ihres Landes gedrängt wurde, zeigt Verbindungslinien zum Gerichtssaal von Jerusalem, in dem die grauenvolle Vergangenheit rekonstruiert und damit dem deutschen Volk als nicht abwälzbare Hypothek auferlegt worden war.

Eines der aufschlußreichsten Kapitel, das auch hohen dokumentarischen Wert besitzt, weil es auf einem privat aufgezeichneten genauen Protokoll beruht, beschreibt die erste, inoffizielle Zusammenkunft von Konrad Adenauer und David Ben Gurion in New York im Jahre 1960, bei der entscheidende Weichen gestellt wurden. Aber so wichtig das zwischen diesen beiden Staatsmännern sich entwickelnde Vertrauensverhältnis für die Verbesserung der Beziehungen auch war, die gegenseitige Anerkennung von Israel und der Bundesrepublik war nicht ihr Werk, sondern resultierte schließlich, nach Überwindung vieler Hemmnisse, aus dem Zusammenwirken politischer Notwendigkeiten und moralischer Bewegungskräfte. Daß solche Kräfte sich im Sinne der Verständigung und Kooperation endlich - wie die Verfasserin nicht verhehlt, viel zu spät - durchzusetzen vermochten, war letzten Endes nur möglich, weil beide Staaten einem politischen System angehören, in dem menschliche Vernunft eine Chance hat. Diese Erkenntnis drängt sich auf bei der Lektüre des Kapitels, das das Verhältnis der DDR zu Israel und den Juden behandelt. Dessen Bilanz ist völlig negativ: "War es schon nicht leicht für Israel, die westdeutschen Angebote zu akzeptieren, so erscheint es angesichts der ostdeutschen Haltung kaum vorstellbar, daß es jemals mit diesem Staat zusammenarbeiten könnte - nicht zuletzt, weil er es bis jetzt versäumt hat, sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen."

Manche mögen dieses Buch als eine Anklage empfinden, andere werden es vielleicht als eine Rechtfertigung deutscher Politik interpretieren. Es ist weder das eine noch das andere. Es ist ein Appell, auf den so mühselig errichteten Grundlagen weiterzubauen.

+ + +

Inge Deutschkron: "Israel und die Deutschen. Zwischen Ressentiment und Ratio", Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 368 S., 28,- DM.